

Arztmedizin. Christoph (sp, Winterthur), Präsident der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit, kritisierte in einer persönlichen Mitteilung die medizinische Fakultätsuniversität, dass sie bei der Umformung der Hausarztmedizin als gleichberechtigter Fachbereich den politischen Willen des Kantonsrates missachtet. Er wird von der Universität als Stellvertreter der leitenden Ärztinnen und Ärzte an der Spitze der Stellen für ein Sekretariat der Forschung bestanden nach nur auf dem Papier. Die Kommerzienratin erwartet von der Universität einen verbindlichen Zeitplan. (ba)

Landschäftler zu Besuch in Zürich

Eine Delegation des Baslerbieter Landrats mit dem Präsidenten Eric Nussbamer an der Spitze war gestern zu Besuch in Zürich. Im Festsaal des Rathauses wurde sie vom Zürcher Kantonsratspräsidenten Hans Peter Frei (svp, Embrach) herzlich willkommen geheissen.

Auch Regierungspräsidentin Dorothee Fierz liess es sich nicht nehmen, in der Kaffeepause auf die freundschaftlichen Kontakte zwischen den beiden Ständen hinzuweisen. Nachdem die Delegation den Verhandlungen des Kantonsrats auf der Tribüne beige-

wohnt hatte, traf man sich mit der Geschäftsleitung des Kantonsrats zum Mittagessen im Zunfthaus zur Meisen. Anschliessend standen unter anderem der Besuch des Kunsthhauses und eine Schifffahrt auf dem Zürich- und dem Obersee auf dem Programm. (abr)

gestern bringen. Der Kanton Zürich solle doch die Ergebnisse des Basler Pilotprojektes abwarten.

Die wirtschaftliche Nutzung der Geothermie ist gemäss Ernst Brunner (svp, Illnau-Effretikon) erst ab 2050 möglich, und dies auch nur, wenn die Forschung ohne negative Überraschungen bleibe. Für den Kanton Zürich sei eine Machbarkeitsstudie Jahre oder Jahrzehnte zu früh. Auch für die FDP sei die Bedeutung der Geothermie als alternative Energiequelle unbestritten, sagte Gaston Guex (Zumikon). Es sei aber nicht die Aufgabe der Regierung, eine Machbarkeitsstudie vorzulegen. (sda)

Kongresszentrum

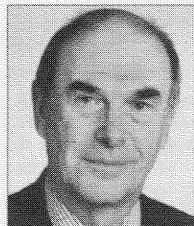
Heimatschutz den Abbruch

Der Schweizer Heimatschutz (SHS) hat für den Erhalt des Zürcher Kongresshauses ein. Er hat eine entsprechende Resolution verabschiedet. Die Kommission will das alte Gebäude ab- und bis 2010 ein neues Zentrum. Das Zürcher Kongresshaus sei ein Meisterwerk der Schweizer Architektur der Schweizer Heimatschutz. Die Stadt Zürich plant mit dem Abbruch ein einmaliges Ereignis.

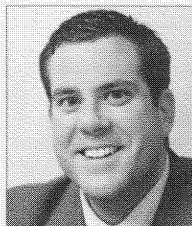
Der Zentralvorstand des Heimatschutzes hat am Samstag eine Resolution verabschiedet. Diese will das Kongresshaus und die benachbarte Villa erhalten. Die beiden Gebäude werden in einiger Zeit auf einer roten Liste des SHS. Die Stadt Zürich plant mit dem Abbruch ein einmaliges Ereignis. Eine Jury hatte kürzlich ein Urteil gefällt. Die Spanier Rafael Moneo zur Ausführung empfohlen. (sda)

«Die Öffentlichkeit erwartet ein Gerichtsurteil»

Umfrage



Felix Hess



Thomas Vogel



Stefan Feldmann
(Bilder: ZO-Archiv)

Livia Nigg

Am Freitag hat die Zürcher Staatsanwaltschaft gegen 19 frühere Spitzenvertreter der SAirGroup Anklage erhoben. Was erwarten Oberländer Kantonsräte von diesem Strafprozess?

Felix Hess (svp, Mönchaltorf). Es ist gut, dass die Staatsanwaltschaft im

Fall SAirGroup die Fakten endlich auf den Tisch legt. Dieser Fall sprengt die Komplexität und die Anzahl Personen alle Grenzen, sodass ich Bedenken habe, ob es zum Urteil kommt. Es muss aber Recht gesprochen werden, damit die Bevölkerung weiss, dass die Justiz auch in einem solchen Fall funktioniert und die «Grossen» nicht einfach laufen lässt.

Thomas Vogel (fdp, Illnau-Effretikon). Die Justiz ist sich bewusst, dass im Fall SAirGroup das Interesse der Öffentlichkeit sehr gross ist. In ihrer Urteilssprechung wird dies die profes-

sionell arbeitenden Richter nicht beeinflussen. Wohl aber stehen sie unter Zeitdruck, denn einige Delikte verjähren Mitte 2008, und die Öffentlichkeit erwartet ein Urteil. Dies bringt das Gericht an den Rand der Belastbarkeit und Flexibilität. Es muss alles daran setzen, damit ein Urteil erfolgt, denn auch die Angeschuldigten haben Anrecht auf einen Schuld- oder Freispruch. Die Aufgabe der Richter besteht darin, alles Moralisch-Ethische auszuklammern – die wirtschaftlichen Konsequenzen des Desasters, das Leid der Familien, die öffentliche Meinung – und sich auf juristisch relevante Strafbestände zu konzentrieren. Managementfehler und falsche Strategien sind keine Strafbestände. Wohl hat der Verwaltungsrat zu wenig Verantwortung übernommen und zu wenig hinterfragt – doch da-

mals herrschte ein anderes Verständnis von der Rolle eines Verwaltungsrats, was sich seither stark verändert hat. Für diesen Strafprozess greift der Steuerzahler nochmals tief in die Tasche, denn Prozessgebühren decken nur ein Drittel der Kosten ab. Aber ein Rechtsstaat muss sich eine Justiz leisten können, bei welcher die Finanzen eine untergeordnete Rolle spielen.

Stefan Feldmann (sp, Uster). Es ist gut, dass der Fall rechtlich aufgearbeitet wird und nicht nur die Geschäftsleitung, sondern auch der Verwaltungsrat, der Mitverantwortung trägt, zur Rechenschaft gezogen wird. Damit waren wir in der Schweiz bisher zu vorsichtig. Doch auch in diesem Bereich muss, im Sinne einer Präzedenzfälle, eine Rechtsprechung aufgebaut werden.